

## Vorlage Stadtparlament

Datum 19. März 2019  
Beschluss Nr. 2781  
Aktenplan 152.15.11 Stadtparlament: Postulate

### **Postulat Marlene Bodenmann, Gisela Keller, Andrea Hornstein: «Schulische Integration von Kindern ohne Deutschkenntnisse - ein Konzept ist angesagt»; Frage der Erheblicherklärung**

#### **Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das «Postulat Schulische Integration von Kindern ohne Deutschkenntnisse - ein Konzept ist angesagt» wird **nicht erheblich** erklärt.

---

Marlene Bodenmann, Gisela Keller, Andrea Hornstein sowie 42 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 15. Januar 2019 das beiliegende Postulat „Schulische Integration von Kindern ohne Deutschkenntnisse - ein Konzept ist angesagt“ ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

#### **1 Ausgangslage**

Es kommt immer wieder vor, dass schulpflichtige fremdsprachige Kinder in die Stadt St.Gallen zuziehen und in die städtischen Schulen aufgenommen werden. Dieser Umstand kann als Herausforderung, als Bereicherung oder als Belastung empfunden werden. Es gibt kein Patentrezept für den Umgang mit neu zugezogenen Kindern. Jedes Kind ist anders, jede Familie ist unterschiedlich.

Fremdsprachige Kinder, die in unser Land kommen, sind nicht danach gefragt worden, ob sie ihre Heimat verlassen wollen. Politische, soziale oder ökonomische Umstände haben ihre Eltern oder ihre nächsten Bezugspersonen zur Auswanderung bewogen. Dadurch werden die Kinder mit einer neuen Welt konfrontiert, die sie vorerst als anders, als fremd oder sogar als feindlich erleben. Die Fremdheit in der neuen Umgebung wird in der Sprache besonders deutlich: Einerseits können sich die Kinder anfänglich in der neuen Umgebung nicht verständigen. Das erschwert es für sie, sich mit den neuen Begebenheiten und den Menschen des Gastlandes vertraut zu machen. Andererseits werden diese Kinder gerade wegen fehlender Deutschkenntnisse als Fremde etikettiert. In der Begegnung mit ausländischen Kindern geht es darum, einen gangbaren Weg zu finden im Spannungsfeld zwischen der Rücksichtnahme auf die besondere Situation dieser Kinder aufgrund der Herkunft und der Forderung nach Integration in ihrer neuen Heimat. Es geht aber auch um Einsicht und das Eingeständnis, dass

manche Schwierigkeiten, welche im Zusammenleben ausländischer und schweizerischer Kinder, ihrer Eltern und Lehrpersonen entstehen, nicht oder nicht kurzfristig lösbar sind.<sup>1</sup>

## **2 Grundsatz der sofortigen Integration in die Regelklasse**

Nicht alle Kinder, die in ein neues Land ziehen, ohne die dortige Sprache zu kennen, bewältigen die neue Situation gleich. Je nach Persönlichkeit und Umständen kommen sie schneller oder langsamer an. Viele Kinder trauern lange um ihre verlorene Heimat und sind nicht bereit, sich auf die veränderten Umstände einzulassen. Die neue Sprache kann zu einem Symbol der feindlichen Umgebung werden. Vieles ist fremd in ihrem Umfeld: die zwischenmenschlichen Umgangsformen, soziale und ethische Normen, die Art des Schulunterrichts, das Schulverständnis und vor allem auch die Sprache.

Sprachenlernen und soziale Integration bedingen sich gegenseitig: Wer in einer Gruppe integriert und akzeptiert ist, erwirbt eine neue Sprache gern und leicht; wer Zugang zu einer Sprache hat, findet auch leicht Zugang zu den Menschen, die diese Sprache sprechen. Die sofortige oder möglichst frühe Integration fremdsprachiger Kinder in die Regelklassen ist deshalb grundsätzlich anzustreben. Dabei gilt es aber, die individuelle Situation jedes Kindes mitzubedenken und unter Umständen von diesem Grundsatz abzuweichen.<sup>2</sup>

## **3 Pädagogische Grundhaltung**

Im Vordergrund steht die überzeugte Pflege einer Willkommenskultur in der Regelklasse. Der Umstand, dass ein Kind der deutschen Sprache nicht mächtig ist, rechtfertigt für sich allein genommen keine Andersbehandlung beim Zugang zum Bildungsangebot und der Klassenzuteilung. Integration wird erwartet, muss aber auch ermöglicht werden. Zum Ermöglichen gehört eine Klassengemeinschaft, bestehend aus «hiesigen» Mitschülerinnen und Mitschülern. Und es gehört eine pädagogische Haltung dazu, die dem Kind erlaubt, in Ruhe in seinem neuen Umfeld anzukommen und darin allmählich Fuss zu fassen. Für die Mitschülerinnen und -schüler ist die Situation eine gute Gelegenheit, die gemäss Lehrplan nötigen sozialen Kompetenzen zu entwickeln.

Intensiver Kontakt mit einheimischen Kameradinnen und Kameraden fördert das Erlernen der neuen Sprache. Partner- und Gruppenarbeiten, kooperative Lernformen und Lernpartnerschaften begünstigen, dass sich das fremdsprachige Kind eher angesprochen fühlt, einfach auch mal zuzuhören, oder Mut fassen kann zum Sprechen.

Die Erfahrungen mit der Schule im Heimatland sind bedeutsam im Integrationsprozess. Dasselbe gilt für den Stellenwert, den die Bildung in der jeweiligen Familie geniesst. Fühlt sich ein Kind in der Schule sicher, angenommen und willkommen, werden Ankommen und Lernen und damit auch Integration besser möglich. Die Haltungen und Einstellungen der Lehrpersonen, gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme spielen dabei eine entscheidende Rolle.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Wenn Deutsch fremd ist, Bildungsplanung Zentralschweiz, Ebikon, 10. Mai 1995, Seiten 2 und 5

<sup>2</sup> Wenn Deutsch fremd ist, Bildungsplanung Zentralschweiz, Ebikon, 10. Mai 1995, Seite 6

<sup>3</sup> Kinder und Jugendliche aus dem Asylbereich in der Volksschule, Bildungsdepartement des Kantons St.Gallen, 2019, Seite 1

#### **4 Konzeptioneller Rahmen der Kantone**

Unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus haben alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen in der Schweiz das Recht und die Pflicht, die obligatorische Schule zu besuchen. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) hat am 24. Oktober 1991 Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder erlassen. Sie bekräftigte den Grundsatz, alle in der Schweiz lebenden fremdsprachigen Kinder in die öffentlichen Schulen zu integrieren und Diskriminierungen zu vermeiden. Insbesondere beinhaltet die Empfehlung eine direkte Einweisung von neu zugezogenen Kindern in die der Vorbildung und dem Alter entsprechenden Schultypen und Klassen der öffentlichen Schulen, unterstützt durch unentgeltliche Förder- und Sprachkurse.

#### **5 Konzeptioneller Rahmen des Kantons St.Gallen**

Auch der Kanton St.Gallen orientiert sich an den Grundsätzen der EDK. Bereits in den früheren Empfehlungen des Erziehungsrats aus dem Jahr 2005 findet sich die Aussage: «Kinder mit Migrationshintergrund werden möglichst ausgewogen auf die Klassen verteilt.»<sup>4</sup> Im aktuellen Kreisschreiben zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund vom 19. Dezember 2018 hat der Erziehungsrat die Grundsätze zur Beschulung dieser Schülerinnen und Schülern neu festgelegt. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Altersgemässe Einschulung in die Regelklasse;
- Rückversetzung nur unter einer Beobachtungszeit von mehreren Monaten und nur aufgrund verzögerter Entwicklungsvoraussetzungen;
- Zusätzlicher Deutschunterricht während bis zu vier Jahren;
- Bei Bedarf in sprachabhängigen Fächern Zeugnis-Eintrag «besucht» anstelle einer Note;
- Vertrauensfördernde Elterninformationen über das Schulsystem.

Der Anfangsunterricht von Schülerinnen und Schülern mit unzureichenden Deutschkenntnissen ist in zwei Formen möglich: Er kann während maximal eines Jahres in einer Integrationsklasse erfolgen oder in einer Regelklasse mit zusätzlichem Intensivunterricht Deutsch.<sup>5</sup>

Handelt es sich bei sämtlichen Kindern um Flüchtlingskinder, erfordert diese besondere Situation entsprechender Beachtung. Aber auch diese Kinder sind nicht per se in einer Integrationsklasse besser aufgehoben als in einer Regelklasse. Vielmehr gilt auch für sie der Grundsatz der Zuweisung in eine Regelklasse. Bei Vorliegen traumatischer Störungen sind flankierend dazu spezifische medizinisch-therapeutische Massnahmen durch externes Fachpersonal sicherzustellen.<sup>6</sup>

In angebotsseitiger Hinsicht ist zudem das kantonale Sonderpädagogikkonzept für die Regelschule<sup>7</sup> relevant und in pädagogischer Hinsicht der Lehrplan Volksschule<sup>8</sup>. Alle erwähnten Grundlagen fassen auf der vorstehend beschriebenen pädagogischen Grundhaltung (vgl. Ziffer 3).

---

<sup>4</sup> Empfehlungen zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindergarten und Volksschule, 15. Juni 2005, Ziff. 2.2

<sup>5</sup> Kreisschreiben des Erziehungsrats des Kantons St.Gallen zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund vom 19. Dezember 2018, Ziff.5.

<sup>6</sup> Kinder und Jugendliche aus dem Asylbereich in der Volksschule, Bildungsdepartement des Kantons St.Gallen, 2019, Seite 2

<sup>7</sup> Sonderpädagogikkonzept für die Regelschule des Kantons St.Gallen, von der Regierung genehmigt am 9. Juni 2015, Ziff. 4.3 Begleitendes pädagogisches Angebot, namentlich Deutschunterricht für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

## 6 Konzeptioneller Rahmen der Stadt St.Gallen

Auf der städtischen Ebene erwähnt das vom Stadtrat am 15. September 2009 erlassene Konzept «Fördernde Massnahmen» (nachfolgend Förderkonzept) die Beschulung der zugezogenen fremdsprachigen Kinder, dies vor allem hinsichtlich des Ressourceneinsatzes.

In grundsätzlicher Hinsicht wird bereits im Förderkonzept als Ziel festgelegt, dass integrative Fördermassnahmen gegenüber separativen bevorzugt werden.<sup>9</sup> Möglichst alle Schülerinnen und Schüler sollen unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse in den Regelklassen von Kindergarten, Primar- und Oberstufe integriert werden. Dieser Grundsatz gilt auch für zuziehende Kinder, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen. Im Förderkonzept wird ausgeführt, dass sie befristet in Integrationsklassen unterrichtet werden können, wenn sie dem Unterricht einer Regel- oder Kleinklasse nicht folgen können.<sup>10</sup>

## 7 Umsetzung in der Stadt St.Gallen

Integrationsklassen beinhalten einen Zielkonflikt: Vom neu zugezogenen Kind wird verlangt, der hiesigen Sprache und Kultur mächtig zu werden. Ausgerechnet diese Kinder werden dann aber nicht einer Regelklasse zugeteilt, in welcher sie Kontakt mit Kindern hiesiger Sprache und Kultur hätten. Es wird vom Kind also gefordert, sich zu integrieren, zugleich wird dem Kind aber die dafür nötige Klassengemeinschaft als sprachliche und kulturelle Gemeinschaft zum Vorneherein verwehrt. Daher sollen Integrationsklassen nur mit Zurückhaltung geschaffen und geführt werden. Sie kommen insbesondere als vorübergehende Massnahme in Betracht. So schuf die Stadt St.Gallen zeitnah als Antwort auf erfolgte Migrationsströme bei ausgewiesenem Bedarf wiederholt vorübergehend sogenannte Integrationsklassen und reduzierte deren Anzahl nach erfolgtem Rückgang der Migrationsströme wieder.

Es gilt der grundsätzliche Anspruch des neu zugezogenen Kindes auf Aufnahme in die Regelklasse. Dies erfordert, dass Regelklassenlehrpersonen die dafür nötigen Fertigkeiten pflegen und entsprechende pädagogische Kompetenzen anwenden und ausbauen. Weiter muss darauf hingewirkt werden, dass ein Wissenstransfer zwischen Lehrpersonen und anderen schulinternen Fachpersonen stattfindet.

Beim Zuzug des Kindes gilt der Grundsatz des altersgemässen Eintritts in die entsprechende Regelklasse. Fremdsprachigkeit an sich löst keine Konflikte aus. Die in der Regel problemlose sprachliche Integration von Kindern aus bildungsnahen Familien zeigt dies eindrücklich.<sup>11</sup> Beim Unterricht von zugezogenen Kindern ohne Deutschkenntnisse in Regelklassen können sich aber auch Herausforderungen stellen oder Schwierigkeiten ergeben. Als Antwort auf die Schwierigkeiten sprachlicher Natur erfolgt ausserhalb des Klassenverbandes ein individualisierter Unterricht in Deutsch als Zweitsprache

---

<sup>8</sup> Lehrplan Volksschule Kanton St.Gallen, Juni 2015, fachliche Kompetenzen Bereich Sprache und überfachliche Kompetenzen

<sup>9</sup> Konzept Fördernde Massnahmen der Stadt St.Gallen, vom Stadtrat erlassen am 15. September 2009, S. 10 f.

<sup>10</sup> Konzept Fördernde Massnahmen der Stadt St.Gallen, vom Stadtrat erlassen am 15. September 2009, S. 18.

<sup>11</sup> Wenn Deutsch fremd ist, Bildungsplanung Zentralschweiz, Ebikon, 10. Mai 1995, Seite 14

(DaZ).<sup>12</sup> Eine entsprechende Zusatzqualifikation der Lehrperson ist erwünscht, wird aber vom Kanton nicht vorgeschrieben.<sup>13</sup> Die Schulleitung entscheidet mit einem professionellen Ermessensentscheid, mit welchem Personaleinsatz der DaZ-Unterricht vor Ort organisiert wird. Wichtig ist, dass die Lösung dem Bedarf und der Individualität des Kindes Rechnung trägt.<sup>14</sup> Mitunter können sich – wie bei andern Kindern auch – Schwierigkeiten sozialer Natur ergeben. Gemeint sind überfachlich unzureichende Kompetenzen gemäss Lehrplan resp. Verhaltensprobleme. In solchen Situationen braucht es ergänzend zum DaZ-Unterricht weitere pädagogische Massnahmen, die im Förderkonzept abgebildet sind (u.a. integrierte Schülerinnen- und Schülerförderung ISF, Nachhilfeunterricht und als weiterführende Massnahmen Kleinklasse oder Time-out-Klasse). Der Umgang mit entsprechenden Massnahmen gehört zum Berufsalltag jeder Klassenlehrperson. Sie ist dabei nicht auf sich alleine gestellt. Unterstützend kann sie die Schulleitung, das jeweilige Schulhausteam, die Lehrpersonen der schulischen Heilpädagogik und die Fachpersonen der Schulischen Dienste (z.B. Schulpsychologischer Dienst) beiziehen.<sup>15</sup>

## **8 Konzeptioneller Ausblick**

Gemäss Auftrag des Kantons sind alle Schulträger gehalten, auf Sommer 2019 ein lokales Schulentwicklungskonzept fertigzustellen. Dies mindestens in Abstimmung mit bestehenden Konzepten. Besser aber ist es, bestehende Konzepte soweit möglich und sinnvoll in das lokale Schulentwicklungskonzept zu integrieren. Derzeit wird stadtintern ein lokales Schulentwicklungskonzept mit der Bezeichnung «lokales Qualitätskonzept» erarbeitet. Das städtische Förderkonzept soll darin integriert werden. Die Planung sieht vor, dass das lokale Qualitätskonzept den städtischen Schulen nach Verabschiedung durch den Stadtrat auf Schuljahresbeginn 2019/20 verfügbar gemacht wird. Inhaltlich soll es jährlich ergänzt und weiterentwickelt werden, dies unter fachlicher Mitwirkung der Schulen. Dabei erfolgen Anpassungen an veränderte übergeordnete Vorgaben sowie die Prüfung von Verbesserungsvorschlägen der Schulen.<sup>16</sup>

Das gleiche Vorgehen partizipativer Weiterentwicklung wurde gewählt bei der auf Schuljahr 2017/18 erfolgten Einführung des sogenannten Funktionendiagramms (darin geht es um die Rollen und Aufgaben der an der Schule Beteiligten). Diese Vorgehensweise hat sich insbesondere deshalb bewährt, weil nicht alles im Voraus unabänderlich festgelegt wird, sondern man bewusst zulässt und aus Qualitätsgründen anregt, dass auch erste Praxiserfahrungen in den Prozess einfließen. Ziel ist es, einen verbindlichen gesamtstädtischen Rahmen festzulegen, der den Schulen die nötigen Umsetzungsfreiheiten vor Ort belässt. Die in Kapitel 3 erwähnte pädagogische Grundhaltung ist Teil dieses verbindlichen gesamtstädtischen Rahmens.

Die Anforderungen an eine Unterrichtspraxis, die auch auf die Bedürfnisse nicht deutschsprachiger Kinder gut abgestimmt ist, werden im lokalen Qualitätskonzept in einem umfassenderen Detaillie-

---

<sup>12</sup> Konzept Fördernde Massnahmen der Stadt St.Gallen, vom Stadtrat erlassen am 15. September 2009, Seiten 18 – 20 und 25

<sup>13</sup> Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons St.Gallen zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, 19. Dezember 2018

<sup>14</sup> Entsprechende Qualitätsmerkmale dazu finden sich im kantonalen Orientierungsrahmen Schule, vom Erziehungsrat erlassen am 24. August 2016, sowie ausführend dazu im lokalen Qualitätskonzept der Dienststelle Schule und Musik.

<sup>15</sup> Auch dazu finden sich entsprechende Qualitätsmerkmale im kantonalen Orientierungsrahmen Schule, vom Erziehungsrat erlassen am 24. August 2016, sowie ausführend dazu im lokalen Qualitätskonzept der Dienststelle Schule und Musik.

<sup>16</sup> Es finden jährlich vier Grossgruppen-Workshops (Mitwirkung bis 80 Personen) zu Themen mit Entwicklungsbezug statt.

rungsgrad als zuvor verankert: Es geht bei der Frage schulischer Integration fremdsprachiger Kinder nicht nur um DaZ-Unterricht<sup>17</sup> und die Lehrplanumsetzung im Fachbereich Sprachen<sup>18</sup>, sondern generell um eine sprachensible pädagogische Herangehensweise<sup>19</sup>.

## 9 Beantwortung der Fragen

### 1. *Nach welchen Kriterien wird entschieden und wie sieht der ganze Entscheidungsprozess bei der Klassenzuteilung aus, wenn schulpflichtige Kinder ohne Deutschkenntnisse nach St.Gallen ziehen?*

Der Kanton und die Stadt St.Gallen haben Grundlagen erlassen, in welchen die Kriterien und Prozesse geregelt sind. Zu erwähnen sind insbesondere das Kreisschreiben des Erziehungsrats vom 19. Dezember 2018, das städtische Förderkonzept, das Reglement über die Zuständigkeit der Verwaltung im Bereich der Schule vom 20. Juni 2017 (Zuständigkeitsreglement, sRS 211.13) und das Funktionendiagramm der Dienststelle Schule und Musik.

Ziehen schulpflichtige Kinder ohne Deutschkenntnisse in die Stadt St.Gallen, so ist grundsätzlich das Alter des Kindes das massgebliche Kriterium für die Klassenzuteilung. Der Entscheid über die Klassenzuteilung liegt bei der Schulleitung des betreffenden Schuleinzugsgebietes. Vorab lädt die Schulleitung Eltern und Kind zu einem Gespräch ein. Sie nimmt Kontakt mit der Klassenlehrperson auf und bespricht mit ihr das weitere Vorgehen beziehungsweise die Ressourcenplanung. Je nach Einzelfall wird in Zusammenarbeit von Schulleitung und Klassenlehrperson die Sprachförderung geplant, bei Bedarf in zusätzlicher Rücksprache mit spezifischen Fachleuten (Schulische Heilpädagogik, in besonderen Fällen Schulpsychologischer Dienst, Logopädischer Dienst). In aller Regel wird sofort mit der Sprachförderung begonnen.

Gemäss den Zielen des Förderkonzepts werden integrative Fördermassnahmen gegenüber separativen bevorzugt. Nur wenn ein besonderer Förderbedarf integrativ nicht abgedeckt werden kann, erfolgt eine Zuweisung in eine spezielle Klasse. Im Förderkonzept wird dazu ausgeführt, dass es aufgrund verschiedener Kontextfaktoren schwierig ist, abschliessend Kriterien für die Zuteilung zu speziellen Klassen zu nennen.<sup>20</sup> Beispielhaft und in genereller Weise genannt werden der Grad der aktiven Teilnahme und Unterstützung der Eltern sowie die soziale Zusammensetzung der Klasse. Weitere spezifische Kriterien bei zugezogenen fremdsprachigen Kindern sind die Grösse der in Frage kommenden Regelklasse resp. Integrationsklasse und die Entwicklungsprognose bezüglich der Schülerin resp. des Schülers. Auch das Alter ist ein Kriterium. Je älter Schülerinnen und Schüler sind, desto eher kann eine Zuteilung in eine Integrationsklasse zielführend sein. Den Jugendlichen im Oberstufenalter kann viel weniger lange Zeit eingeräumt werden, in der Volksschule anzukommen, als beispielsweise Mittelstufen- oder gar Unterstufenkindern. Sie müssen rasch und intensiv auf die Berufswahl und den Übertritt in die weiterführende Sekundarstufe II vorbereitet werden. Das kann in einer Integrations-

---

<sup>17</sup> Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen, Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache (DaZ)

<sup>18</sup> Lehrplan Volksschule des Kantons St.Gallen, Fachbereich Sprachen, Seite 4

<sup>19</sup> Ein Workshop mit 76 Personen (aus Schulen, Schulpsychologischem / Logopädischem Dienst) findet im März 2019 statt. Dieser dient dem gezielten Wissenstransfer zur Vertiefung des Themas. Es wird jenen Schulleitungen, die einen entsprechenden Bedarf ihrer Schule sehen, zudem die Einbindung des Themas in den Unterrichtsentwicklungsprozess vor Ort empfohlen.

<sup>20</sup> Konzept Fördernde Massnahmen der Stadt St.Gallen, vom Stadtrat erlassen am 15. September 2009, Seite 11

klasse unter Umständen schneller und zielgerichteter erfolgen als in einer Regelklasse. Schliesslich spielt auch die gesamte Zahl der zuziehenden Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse eine Rolle. Je grösser die Migrationsströme sind, desto eher erfolgt eine Zuteilung in eine Integrationsklasse.

Seit dem Jahr 2013 ist die Zuwanderung von Kindern ohne Deutschkenntnisse rückläufig (für Einzelheiten wird auf die Tabellen in der Beantwortung der Frage 2 verwiesen). Insbesondere in den Jahren 2017 und 2018 war der Rückgang erheblich. Aufgrund dieser Entwicklung treten derzeit die Zuweisungen in Integrationsklassen in den Hintergrund. Wenn der Rückgang der Zuwanderung der Kinder ohne Deutschkenntnisse weiter anhält, wird die Zahl der Integrationsklassen künftig weiter reduziert bis hin zu einer allenfalls gänzlichen einstweiligen Schliessung.

*2. Wie viele Kinder ohne Deutschkenntnisse kamen in den letzten fünf Jahren direkt in die Regelklasse und wie viele wurden zuerst in der Integrationsklasse beschult? Wir bitten um eine Auflistung vom Kindergarten bis zur 3. Oberstufe.*

Zuziehende fremdsprachige Kindergartenkinder werden seit jeher ungeachtet migrationsbedingter Umstände direkt einem Regelkindergarten zugewiesen. Beim Kindergarteneintritt wird keine Unterscheidung zwischen deutscher und nichtdeutscher Erstsprache gemacht.

Für die Kinder im Primarschulalter ergibt sich das folgende Bild:

<b>Primarstufe</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Anzahl Integrationsklassen	2	5	5	4	4	4	2
Anzahl Regelklassen	169	167	165	169	173	179	185
Zuweisungen in eine Integrationsklasse	22	88	49	47	45	26	16
Zuweisungen in eine Regelklasse	5	4	6	3	5	5	17
Von Zuweisung betroffene Regelklassen	3.0 %	2.4 %	3.6 %	1.8 %	2.9 %	2.8 %	9.2 %
Von Zuweisung betroffene Regelklassen bei Verzicht auf Integrationsklasse	16 %	55 %	33 %	30 %	29 %	17 %	18 %

Auf der Primarstufe hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Integrationsklassen im Jahr 2013 (Stand am Jahresende) einen Höhepunkt erreicht. Hätte man im Jahr 2013 auf die Führung von Integrationsklassen ganz verzichtet, so wären 53 % aller Regelklassen von einer Zuweisung eines Kindes ohne Deutschkenntnisse betroffen gewesen. Damals wurden fünf Integrationsklassen geführt, deshalb wurde effektiv in 2.4 % aller Regelklassen ein zugezogenes Kind ohne Deutschkenntnisse aufgenommen. Zwischen den Jahren 2015 und 2017 wurden die vier bestehenden Integrationsklassen beibehalten, der sinkende Trend jedoch beobachtet.

Hätte man im Jahr 2017 oder 2018 alle vier Integrationsklassen abgebaut, wären 17 % aller Regelklassen von einer Zuweisung betroffen gewesen. Das ist zwar ein höherer, aber immer noch vertretbarer Wert. Im Jahr 2018 wurde die Zahl der Integrationsklassen halbiert. Derzeit ist für die kommen-

den Jahre weiterhin von abnehmenden Migrationsströmen auszugehen. Damit steht der Grundsatz der Zuweisung in die Regelklassen im Vordergrund. Auf der Primarstufe ist somit eine weitere Reduktion der Integrationsklassen unter den gegebenen Umständen geboten und vertretbar.

Für die Oberstufe ergibt sich für die bereitgestellten Klassentypen das folgende Bild:

<b>Oberstufe</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Anzahl Integrationsklassen	2	2	2	2	2	2	1
Anzahl Regelklassen	62	64	59	60	62	61	61
Zuweisungen in eine Integrationsklasse	20	32	17	18	26	18	16
Zuweisungen in eine Regelklasse	0	1	1	2	0	0	2
Von Zuweisung betroffene Regelklassen	0 %	1.6 %	1.7 %	3.3 %	0 %	0 %	3.3 %
Von Zuweisung betroffene Regelklassen bei Verzicht auf Integrationsklasse	32 %	52 %	31 %	33 %	42 %	30 %	30 %

Auch auf der Oberstufe ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Integrationsklassen rückläufig. Die Zahl der Integrationsklassen wurde im Jahr 2018 – gleich wie auf der Primarstufe – halbiert. In den kommenden Jahren kann auf der Oberstufe noch nicht mit einem gänzlichen Verzicht auf Integrationsklassen gerechnet werden. Denn dies hätte zur Folge, dass rund 30 % aller Regelklassen von einer Zuweisung betroffen wären. Zudem kommt auf der Oberstufe aus den in der Antwort auf die erste Frage erwähnten Gründen eine Zuteilung in eine Integrationsklasse aus grundsätzlichen Gründen eher und schneller in Frage als auf der Primarstufe.

### *3. Wer entscheidet, ob und wie viel Deutschlektionen ein Kind bekommt, das direkt in eine Regelklasse eingeschult wird und von welchem Konto werden diese Deutschlektionen bezahlt?*

Zunächst entscheidet die Schulleitung in Rücksprache mit der Klassenlehrperson über den Ressourceneinsatz. Die Schulleitung kann für jedes zugezogene fremdsprachige Kind im Zeitpunkt der Zuweisung in die Regelklasse 40 Lektionen individuelle DaZ-Lektionen bewilligen. Während diesen Lektionen fördert eine Lehrperson das betreffende Kind intensiv beim Erwerb der deutschen Sprache. Nach der Ausschöpfung dieser ersten 40 Lektionen Intensivförderung kann die Schulleitung bei der Abteilungsleitung weitere individuelle Förderlektionen beantragen. In allen städtischen Schulen zusammen sind im laufenden Schuljahr 2018/19 (Stand Februar 2019) bereits 1'327 DaZ-Lektionen eingesetzt worden. Diese Lektionen werden zusätzlich zum ordentlichen Förderpool bewilligt. Damit wird gesichert, dass der Förderpool im Falle von Zuteilungen fremdsprachiger Kinder in Regelklassen aus Sicht ihrer Klassenkolleginnen und -kollegen nicht geschmälert wird. Die meisten Schulen setzen für die DaZ-Zusatzlektionen Lehrpersonen ein, die nicht über eine spezifische DaZ-Ausbildung verfügen. Damit kann die Anzahl Bezugspersonen für das Kind gering gehalten werden. Die Kosten der anfallenden Fördermittel einschliesslich der zusätzlichen DaZ-Lektionen werden den Konti 3116 (Primarschule) und 3126 (Oberstufe) belastet.



4. *Sind die Deutschlektionen bei Ankunft des Kindes in der Regelklasse organisiert oder muss die Lehrperson diese erst nach dem Eintritt in die Klasse beantragen? Wie ist die Handhabung in den verschiedenen Stufen und den verschiedenen Schulhäusern?*

Die erwähnte erste Tranche von 40 DaZ-Lektionen steht sofort zur Verfügung. Damit können die Schulleitungen unbürokratisch und rasch auf entsprechende Anfragen von Klassenlehrpersonen reagieren. Denn zugezogene Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse stehen in der Regel ohne Vorinformationen vor der Tür der Verwaltung resp. der Schule.

Sollten anschliessend weitere Lektionen benötigt werden, reicht die Schulleitung bei der Abteilungsleitung einen entsprechenden Antrag ein. Der Umfang der individuellen Sprachförderung wird im Einzelfall aufgrund der Lernfortschritte des Kindes festgelegt.

Die Rahmenbedingungen sind für die Primar- und die Oberstufe die gleichen (40 Lektionen individuelle Förderung pro Kind verbunden mit der Möglichkeit einer Verlängerung). Im Kindergartenalter erfolgt – wie bereits ausgeführt – in jedem Fall eine Zuweisung in den Regelkindergarten mit entsprechender Förderung.

5. *Wie handhabt man die Bewertungen, wenn die Kinder die minimalen Kompetenzen in der Sprache oder in der Mathematik nicht erreichen, es aber nicht an den kognitiven Voraussetzungen fehlt?*

Im erwähnten erziehungsrätlichen Kreisschreiben wird ausgeführt, dass in den ersten zwei Jahren nach Schuleintritt in Fächern, in denen die Erreichung der Lernziele von der Sprachkompetenz abhängt, auf die Benotung der Fachleistung im Zeugnis verzichtet werden kann. Es erfolgt dann der Zeugnis-Eintrag «besucht» beim entsprechenden Fach. Die Promotion erfolgt nach Ermessen. Bei Promotionsentscheiden stehen die Leistungsbereitschaft, der individuelle Lernfortschritt und das Potenzial (prognostische Beurteilung) im Vordergrund. Den besonderen Entwicklungsvoraussetzungen in der Schulsprache Deutsch wird bei Promotionsentscheiden Rechnung getragen. Der aktuelle Sprachstand soll nicht den Ausschlag geben. Der Oberstufenübertritt erfolgt im Rahmen einer Gesamtbeurteilung, bei der das Notenbild einen Faktor von mehreren darstellt. Bei Schülerinnen und Schülern, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes über wenige Deutschkenntnisse verfügen, ist im Zweifels- oder Grenzfall der Übertritt in die Sekundarschule zu ermöglichen.

6. *Wie wird sichergestellt, dass genügend ausgebildete DaZ-LehrerInnen (Deutsch als Zweitsprache) zur Verfügung stehen? Wäre es eine Möglichkeit, dass der DaZ-CAS Weiterbildungslehrgang von der Dienststelle Schule und Musik / Bildung und Freizeit bezahlt wird, um genügend qualifizierte DaZ-LehrerInnen im Schulhaus zu haben oder sogar die Klassenlehrperson über diese Qualifikation verfügt?*

Die Beurteilung, ob genügend qualifizierte Lehrpersonen vor Ort für die jeweiligen Aufgaben zur Verfügung stehen, obliegt der Schulleitung. Dies gilt generell, nicht nur für den DaZ-Unterricht. Für die adäquate Förderung von zugezogenen fremdsprachigen Kindern braucht es nicht zwingend Lehrpersonen mit einer spezifischen DaZ-Ausbildung. Im kantonalen Kreisschreiben wird diesbezüglich eine Empfehlung und keine Verpflichtung festgeschrieben. Wichtiger als die Ausbildung der jeweiligen Lehrperson ist, dass eine auf den jeweiligen Einzelfall passende Lösung gefunden wird. So kann es

durchaus Sinn machen, die Anzahl der Bezugspersonen gering zu halten und die individuellen Förderlektionen von einer Lehrperson erteilen zu lassen, die das Kind bereits kennt. Dies hilft, das Kind zunächst einmal ankommen zu lassen.

Bereits heute besteht die Möglichkeit, dass Lehrpersonen aufgrund eines entsprechenden Bedarfs im jeweiligen Schulhaus einen DaZ-CAS Weiterbildungslehrgang besuchen und die Stadt sich an den Kosten beteiligt. Solche individuelle Aus- und Weiterbildungsanliegen (Arbeitsfeld «Lehrperson» gemäss Berufsauftrag) können im Rahmen des Mitarbeitendengesprächs zwischen der Schulleitung und der Lehrperson thematisiert werden. Wenn in einer Schuleinheit die Schulleitung und eine Lehrperson zum Schluss kommen, dass es vor Ort einen Handlungsbedarf hinsichtlich einer DaZ-Ausbildung gibt, so kann eine entsprechende Weiterbildung veranlasst resp. besucht werden. Für die Höhe der Mitfinanzierung durch die Stadt ist der betriebliche und pädagogische Mehrnutzen für die Arbeitgeberin massgebend. Der Ausbildungsbeitrag der Stadt beträgt maximal 75 % (Art. 10 Abs. 1 des Urlaubsreglements für Lehrpersonen, sRS 192.3). Dies ist bei der Einreichung eines Gesuchs darzulegen. Die diesbezüglichen Weiterbildungsmittel sind schon heute auf die einzelnen Schuleinheiten verteilt. Soweit ein allfälliger Mehrbedarf für die Absolvierung von DaZ-Ausbildungen bestehen sollte, können dies die betreffenden Schulen jederzeit ändern. Weiterbildungsanliegen werden aus Sicht der Stadt als Arbeitgeberin auf jeden Fall begrüsst. Bewilligt eine Schulleitung eine entsprechende Weiterbildung, erfolgt auch künftig eine Mitfinanzierung durch die Stadt im Rahmen des Budgets und nach Massgabe des Betriebsinteresses.

Zusammenfassend sieht der Stadtrat im Bereich der schulischen Integration von Kindern ohne Deutschkenntnisse aufgrund der bestehenden Grundlagen von Kanton und Stadt keine Notwendigkeit für die Erstellung eines zusätzlichen Konzepts. Er empfiehlt, das Postulat **nicht** erheblich zu erklären.

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:  
Deborah Staub

Beilage:  
▪ Postulat vom 15. Januar 2019